

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahllosen-Anzeigen die 6 gespaltene Kolonnen-Zeile 60 P. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 8002.

Unsre Tarifverträge im Jahre 1914.

Seit dem Jahre 1907 ist die Zahl der Tarifverträge, der Betriebe, für die sie Gültigkeit haben, und die Zahl der unter tariflichen Bestimmungen Beschäftigten im Verbandsgebiet nicht sehr rasch, aber ständig gestiegen. Noch im Vorjahre konnten wir über einen Zugang von 94 Verträgen für 171 Betriebe mit 6250 Beschäftigten berichten. Für das Jahr 1914 müssen wir einen Rückgang sowohl der Verträge, der vertraglich geregelten Betriebe als auch der unter Vertragsbestimmungen Beschäftigten konstatieren.

Eine Uebersicht, wie sich die Tarifbewegung in bezug auf Neuabschluss, Erneuerung, Verlängerung, Erledigung und Bestand im Jahre 1914 gestaltete, gibt nachfolgende Tabelle:

| | Zahl | | |
|---|-------------------|--------------|----------------------------|
| | der Tarifverträge | der Betriebe | der beschäftigten Personen |
| Am 31. Dezember 1913 bestanden | 465 | 789 | 42 000 |
| Durch Ablauf oder aus sonstigen Gründen erledigten sich | 113 | 148 | 7 710 |
| Davon wurden erneuert oder verlängert | 50 | 78 | 4 015 |
| Neu abgeschlossen wurden | 35 | 44 | 1 686 |
| Bestand am 31. Dezember 1914 | 437 | 763 | 39 991 |

Wir hatten hiernach Ende 1913 465 Tarifverträge und 42 000 unter tariflichen Arbeitsbedingungen Beschäftigte, Ende 1914 nur 437 Verträge für 39 991 Beschäftigte, demnach 28 Verträge für 2009 Beschäftigte weniger. Dieser Rückgang ist an sich nicht überaus groß und gibt in keiner Weise den Befürchtungen recht, die zu Beginn des Krieges mehrfach aufgetaucht, aber immerhin ist er nicht unbeachtlich. Die direkte Rückwärtsentwicklung fällt aber um so mehr ins Gewicht, wenn die Tabelle weiter nachweist, daß von 113 im Jahre 1914 abgelaufenen Tarifverträgen nur 50 erneuert oder verlängert werden konnten, während 63 ihr Ende erreichten, ohne erneuert oder verlängert zu werden. Man könnte geneigt sein, anzunehmen, daß die erloschenen, Friedensdokumente darstellenden Verträge durch die Kriegsstürme hinweggefegt worden seien. Diese Annahme trifft aber nur für einen Teil - etwa ein Duzend - zu. Die weitaus größere Anzahl der nichterneuerten Verträge hatte schon vor Kriegsausbruch ihr Ende erreicht. Den Gründen nachzuspüren, weswegen sich diese 63 Verträge für uns erledigten, erscheint nicht unwichtig. Hier dieser Verträge wurden in bestehende Bezirksstarke mit einbezogen oder durch erfolgte Vereinigung mehrerer Betriebe in einer Hand in einen noch bestehenden Vertrag übergeführt, gingen also nicht verloren. In sechs weiteren Fällen sind die Tarifverträge auf andere Gewerkschaften übergegangen. Wir haben Pionierarbeit geleistet. Sechzehn Tarifverträge konnten nicht erneuert werden, weil die Betriebe stillgelegt oder die Firmen wegen Konkurses, Liquidation usw. erloschen waren. Sechs dieser Fälle kommen in die Zeit des Krieges. Von den restlichen 37 Verträgen erloschen neun infolge verlorenen Streiks (zwei dieser Streiks wurden wegen Ausbruchs des Krieges abgebrochen); bei vier Verträgen war angegeben, daß der Krieg und der schlechte Geschäftsgang die Ursache der Nichterneuerung waren. Dann verbleiben noch immer 24 also immer noch stark ein Drittel aller im Jahre 1914 eingetragenen Tarifverträge. In 24 Fällen trat demnach an Stelle der tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen eine tariflose Zeit, an Stelle eines organisatorischen ein anarchischer Zustand. Hier waren anscheinend meistens Konjunktur- und Organisationsverhältnisse einen Neuabschluss oder einer Verlängerung hinderlich. Gegebenen zeitlichen Verhältnissen entsprungen, waren sie nicht das Ergebnis einer dauernden Organisationsmacht und konnten sich demgemäß gegenüber stärkeren widrigen Einflüssen nicht behaupten.

Es ist dieses jedenfalls ein Fingerzeig für die Funktionäre, bei Abschluß von Tarifverträgen stets die nötige Vorsicht zu üben und nur dort abzuschließen, wo die Voraussetzungen wirklich gegeben sind. Noch auf etwas andres sei hierbei hingewiesen. Wenn man wohl seit dem Ausbruch des Krieges im allgemeinen eine Stärkung des Tarifgebaltens konstatieren kann, so haben doch verschiedene Unternehmer in unserm Verbandsgebiet sich um die Innehaltung von Tarifbestimmungen nach Möglichkeit zu brüden versucht. Soweit uns bekannt ist, es in fast allen Fällen gelungen, diese Bestrebungen der Unternehmer zu verhindern, so daß es durchweg beim Versuch geblieben sein dürfte. Es ist uns allerdings auch ein Fall bekannt geworden, in dem der Betriebsleiter einer Tapetenfabrik einen noch bis 1916 laufenden Tarifvertrag einseitig aufhob, und der Besitzer bedauerte, „in dieser Angelegenheit nicht weiter eingreifen zu können“. Eine merkwürdige Auffassung vom Burgfrieden. Leider haben wir auch über derartige Maßnahmen der Unternehmer nicht immer und vor allem nicht immer rechtzeitig Mitteilung erhalten.

Trotz der Ungunst der Verhältnisse konnten im Jahre 1914 noch 35 neue Verträge für 44 Betriebe mit 1686 Beschäftigten abgeschlossen werden.

Wie sich die Tarifverträge, die tariflich geregelten Betriebe und die Beschäftigten auf die einzelnen Industrien verteilen, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich. Dabei ist auch ein Vergleich mit dem Jahre 1913 möglich.

| Industrie | Tarifverträge | | Betriebe | | Beschäftigte Personen | |
|---|---------------|------|----------|------|-----------------------|--------|
| | 1913 | 1914 | 1913 | 1914 | 1913 | 1914 |
| Chemische Industrie | 124 | 119 | 131 | 127 | 10 095 | 8 856 |
| Ziegel-, Zement- und Tonwaren-Industrie | 129 | 119 | 260 | 259 | 10 370 | 8 829 |
| Papier- und Zellstoff-Industrie | 20 | 21 | 22 | 23 | 4 422 | 4 415 |
| Nahrungsmittel-Industrie | 66 | 65 | 106 | 104 | 9 322 | 10 396 |
| Sonstige Betriebe | 126 | 113 | 270 | 250 | 7 781 | 7 495 |
| | 465 | 437 | 789 | 763 | 42 000 | 39 991 |

In der chemischen Industrie sowohl wie auch in der Ziegel-, Zement- und Tonwaren-Industrie ist 1914 die Zahl der Tarifverträge, der vertraglich geregelten Betriebe und der unter vertraglichen Bedingungen Beschäftigten gegen das Vorjahr zurückgegangen. Die Anzahl der Verträge in der Papier-Industrie hat eine Vermehrung um einen erfahren; die Anzahl der Beschäftigten in den vertraglich geregelten Betrieben ist aber dieselbe geblieben.

In der Nahrungsmittel-Industrie ist die Zahl der Verträge um einen weniger geworden, aber die Anzahl der unter Tarifvertrag Beschäftigten ist gestiegen und übersteigt erstmalig 10 000.

Die Durchschnittszahl der auf einen Vertrag entfallenden Beschäftigten betrug 92 im Jahre 1914 gegen 90 im Jahre 1913, ist also ein wenig höher geworden. Bis zum Jahre 1913 ging die Zahl ständig herunter.

Um einen niedriger geworden ist die Anzahl der im Durchschnitt auf einen vertraglich geregelten Betrieb kommenden Beschäftigten. Im Jahre 1914 war sie 52, im Jahre vorher 53.

In den einzelnen Industrien ist die Anzahl der durchschnittlich auf einen Tarifvertrag und auf einen tariflich geregelten Betrieb entfallenden Beschäftigten verschieden, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich. Aus derselben sind auch die eingetragenen Veränderungen gegen die Jahre 1912 und 1913 zu entnehmen.

| Industrie | Es kamen Beschäftigte | | | | | |
|---|-----------------------|------|------|--|------|------|
| | auf einen Vertrag | | | auf einen vertraglich geregelten Betrieb | | |
| | 1912 | 1913 | 1914 | 1912 | 1913 | 1914 |
| Chemische Industrie | 79 | 81 | 74 | 75 | 77 | 70 |
| Ziegel-, Zement- und Tonwaren-Industrie | 77 | 80 | 74 | 34 | 40 | 34 |
| Papier- und Zellstoff-Industrie | 224 | 222 | 210 | 201 | 201 | 192 |
| Nahrungsmittel-Industrie | 194 | 141 | 160 | 112 | 88 | 100 |
| Sonstige Betriebe | 61 | 62 | 66 | 34 | 29 | 30 |

Die Zahlen haben sich gegen das Vorjahr nicht wesentlich geändert. Durchweg gehen sie in den letzten Jahren nach unten. Dieses deutet darauf hin, daß in den letzten Jahren mehr für Mittel- und Kleinbetriebe, weniger für Großbetriebe neue Tarifverträge abgeschlossen wurden.

Von den 85 im Jahre 1914 insgesamt erneuerten oder neu abgeschlossenen Tarifverträgen wurden 73 Verträge für 101 Betriebe mit 4990 Beschäftigten auf dem Wege der Verhandlungen ohne Arbeitseinstellung zum Abschluß gebracht. Nur 12 Verträge für 21 Betriebe mit 711 Beschäftigten waren das Ergebnis von Streiks und Ausperrungen. Reichstarke kamen auch im Jahre 1914 nicht. Bezirksstarke in zwei Fällen zustande. Mit Ausnahme von zweien sind neue Verträge nach Kriegsausbruch nicht mehr zum Abschluß gekommen.

Die vorstehenden Tabellen und Ausführungen dürften ergeben, daß auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens in bezug auf Weiterentwicklung und Festigung im Verbandsgebiet noch große Arbeit zu leisten ist. Die vorhandenen Unternehmerorganisationen in unserm Verbandsgebiet weigern sich nach wie vor, den Arbeitsvertrag gemeinsam mit den organisierten Arbeitern auf kollektiver Grundlage aufzubauen.

Wir haben fleißig zu arbeiten, daß dieser Zustand sich ändert. Das kann nicht geschehen durch Treulosigkeit gegen den Verband, nicht durch Zertrümmerung der Grundlage, auf der notwendigerweise weitergebaut werden muß. Das kann - bei Strafe der völligen Einflußlosigkeit bei Gestaltung der Arbeitsbedingungen - nur erreicht werden durch straffes Zusammenhalten in der Organisation, durch rastlose Arbeit zum Ausbau derselben, durch Festigung der vorhandenen und Gewinnung neuer Mitglieder. Daß alle einschlägigen Mitglieder sich dieser Organisationsstätigkeit unterziehen, ist heute nötiger als je.

W. St.

Zur Änderung der Kriegsrentengesetze.

Der Reichstag ist bis zum 18. Mai vertagt, aber schon am 13. April nimmt die Budgetkommission ihre Arbeiten wieder auf. Sie soll auch die bestehenden Kriegsrentengesetze nach sozialen Gesichtspunkten durcharbeiten und Änderungsvorschläge machen.

Was dabei herauskommen wird und ob die Gesetze viel oder wenig geändert werden, läßt sich heute noch nicht abtastieren, denn weder die Regierung noch die Parteien haben sich auf Einzelheiten festgelegt. Es scheint aber große Neigung dafür vorhanden zu sein, die in den jetzigen Kriegsrentengesetzen festgelegten Einheitsätze wenigstens insoweit zu ändern oder zu ergänzen, daß auch das Einkommen, welches der Kriegs-

teilnehmer vor seiner Einberufung hatte, die Höhe der Rente beeinflusst. Damit wird das Gesetz aber gerade an der wichtigsten Stelle geändert, an der eine Änderung allerdings auch am notwendigsten ist. Außer dieser sind aber auch noch eine ganze Reihe anderer wichtiger Veränderungen vorgeschlagen. Die Presse, unter anderm der „Evangelische Arbeiterbote“ von Hattingsen, nimmt bereits für und gegen die Reformvorschlüge Stellung. Und weil nun das neue Gesetz möglicherweise schnell fertiggestellt wird, ist es an der Zeit, daß auch die Arbeiter ihre Wünsche öffentlich zur Kenntnis bringen.

Die jetzigen Kriegsrenten sind lediglich nach dem militärischen Rang des Kriegsteilnehmers abgemessen. Der Mann vor dem Kriege viel oder wenig verdiente, ob er in einer an oder billigen Gegend zu Hause ist, spielt gar keine Rolle. Die Witwe des Outstagerhändlers aus Ostpreußen erhält an Kriegshinterbliebenenrente genau soviel wie die Witwe eines Handwerkers aus einer Großstadt. Diesen Zustand könnte man gelten lassen, wenn die Rentensätze für die Lebensverhältnisse in den teuren Gegenden vollkommen ausreichten. Das tun sie aber nicht und können sie schon deshalb nicht, weil es sich um gleichmäßig für alle Bezirke und alle Gegenden Deutschlands geltende Einheitsätze handelt, die den Durchschnitt ausmachen sollen.

In den andern sozialen Gesetzen Deutschlands kennt man solche Einheitsätze nicht. In der Angestellten-, Knappschafts- und Reichsinvaliden-Witwen- und Waisenversicherung richtet sich die Höhe der Rente vielmehr nach dem Wert und der Zahl der geleisteten Beiträge. Ein Gleiches ist bei den Rentenversicherungskassen der Fall, die Rente in diesen Versicherungsverweigen müßte für jede einzelne Person verschieden sein. Die verschiedenen herbeiführenden Beiträge aber richten sich wiederum nach der Höhe des Verdienstes. In der Unfallversicherung gar wird die Rente ausschließlich nach dem Verdienst berechnet. In den sozialen Friedensversicherungsgeetzen ist also überall, wenn auch nicht bis zur äußersten Konsequenz, aber doch ziemlich weitgehend der Grundsatz durchgeführt, daß die Renten der Invaliden, Witwen und Waisen sich halbwegs nach dem früheren Einkommen richten müssen. Was man auch alles zur Verhinderung der nur in den Militärgesetzen enthaltene Einheitsätze anführen mag, der Grundgedanke, die Rente in etwas nach dem früheren Einkommen zu bemessen, bleibt doch der gerechtere. Nach den Einheitsätzen hat zum Beispiel ein unversittelter, aber im übrigen vollständig arbeitsfähiger Kriegsteilnehmer, der als gemeiner Soldat diente, nur 720 M. jährlich zu bekommen, während der durch einen Betriebsunfall verletzte und ebenfalls vollständig arbeitsunfähige Industriearbeiter im Durchschnitt eine viel höhere Rente erhält. Warum aber soll der auf dem Schlachtfelde verwundete Kriegsteilnehmer bei gleicher Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit nicht auch die gleiche Rente bekommen wie der durch einen Betriebsunfall verletzte Industriearbeiter? Damit soll nun keineswegs bestritten werden, daß man in vollem Umfange das Unfallgesetz zum Beispiel nehmen soll. Im Gegenteil, für die Opfer des Krieges müssen sozial vorteilhafte Versorgungsgeetze geschaffen werden, die noch besser sind als das Unfallgesetz.

Man werde nicht ein, daß, wenn man die Unfallrente berücksichtige, man auch die niedrigen Reichsinvaliden-, Witwen- und Waisenrenten berücksichtigen müsse, denn ein solcher Vergleich würde nicht passen. Reichsinvaliden-, Witwen- und Waisenrenten werden in der übergroßen Mehrheit aller Fälle erst fällig, wenn der Versicherte ein höheres Lebensalter erreicht hat und die Kinder mehr oder weniger erwachsen sind. Der in jungen Jahren einberufene und erwerbsunfähig gewordene Kriegsteilnehmer hat aber keine älteren Kinder, die ihn unterstützen könnten, sondern er muß in der Regel noch für mehrere jüngere sorgen. Sollen die Einheitsätze in den Kriegsrentengesetzen bestehen bleiben, dann dürfen sie höchstens noch weiter als in der jetzigen Fassung gehen, wobei der dazu zu zahlende Zuschuß bis zu einer gewissen Grenze nach dem früheren Einkommen zu bemessen ist. Ein nach dieser Richtung gehender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion liegt bereits vor.

Ein weiterer Antrag der Fraktion verlangt, daß an Witwen, die sich wieder verheiratet, der dreifache Betrag der Jahresrente als Abfindung gezahlt werden soll. Bekanntlich wird eine solche Abfindung für die Unfallwitwen bereits gezahlt. Daß das Militärhinterbliebenengesetz keine Abfindung enthält, ist nicht nur für die einzelne Witwe, sondern auch für das ganze Volk von Nachteil. Wer wollte leugnen, daß die Zahlung einer Abfindung für die Unfallwitwen die Heiratsaussichten verbessert? Besseriert, weil eine Witwe, die bei der Wiederverheiratung ihren Hausstand mit der Abfindungssumme aufbessern kann, nach der Hochzeit also schuldenfrei daheißt und die Rente für die Kinder erster Ehe weiter bekommt, dem Manne keine Last mitbringt, sondern eher einen Vorteil, und das ist nun einmal für die Heiratsaussichten nicht ohne Bedeutung. Auch für den Staat kann dieser Umstand nicht ohne Bedeutung sein, denn für diesen ist es nicht gleichgültig, ob die Menschenverluste des Krieges soviel wie möglich ausgeglichen werden oder nicht.

Für uneheliche Kinder wird Kriegshinterbliebenenrente nur dann gezahlt, wenn der uneheliche Vater die uneheliche Mutter später heiratete, das Kind somit durch nachfolgende Ehe legitimiert wurde. Die Fraktion verlangt, daß schon dann Renten zu zahlen sind, wenn die Unterhaltspflicht des Vaters festgelegt ist. Heute ist die uneheliche Mutter, wenn der Vater des Kindes sie nicht heiratete und im Kriege fiel, auf die Hilfe der Armenkasse angewiesen. Diese muß aber letzten Endes aus allgemeinen Mitteln für das Kind doch zahlen, denn auch ein uneheliches Kind hat Anspruch auf die Hilfe der Allgemeinheit. Ob die aus allgemeinen Mitteln gegebenen Unterhaltskosten nun den Namen Rente oder Armenunterstützung tragen, kann dem Staats vom finanziellen Standpunkt aus gleichgültig sein.

Auch Stiefkinder, und wenn für sie aus andern Quellen auch kein Pensionsrente gezahlt wird, sind nach dem Militärhinterbliebenengesetz ebenfalls nicht versorgungsberechtigt, und zwar auch dann nicht, wenn der gefallene Stiefvater ihr einziger Ernährer war. Auch diese Lücke im Gesetz dürfte der Reichstag sich näher ansehen.

Eltern und Großeltern erhalten für einen gefallenen Sohn oder Enkel die Rente nur dann, wenn der Gefallene ihren Unterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat und wenn sie bedürftig sind. Es genügt nicht, daß der Gefallene seine Eltern oder Großeltern unterstützt hat, sondern er muß Haupternährer derselben gewesen sein, das heißt, er muß den Eltern oder Großeltern so viel nicht für seine eigenen Bedürfnisse draufgegangenes Geld ins Haus gebracht haben, wie diese aus andern Einkommensquellen nicht hatten. Im Unfallgesetz ist das Wort „überwiegend“ geschrieben und durch „wesentlich“ ersetzt, wodurch der Preis der Eltern und Großeltern, welche Unfall-Hinterbliebenenrente (Eternrente) erhalten können, nicht unwesentlich erweitert ist. Das Wort „wesentlich“ dürfte auch für das Militärhinterbliebenengesetz das richtige sein. Nach den jetzigen Bestimmungen bekommen die Eltern zum Beispiel auch dann noch keine Rente, wenn sie selbst ein monatliches Einkommen von 30 M. haben, der Sohn aber nur einen um etwas geringeren Betrag mit der Post nach Hause sendet. Er müßte in folchem Falle schon 31 M. im Monat nach Hause geschickt haben. Erst dann wäre „überwiegend“ vorhanden und die Eternrente fällig.

Trotz dieser Mängel soll nicht verkant werden, daß das jetzige Gesetz auch seine guten Seiten hat. Dahin gehört zum Beispiel die Bestimmung, daß die Kinderrente bis zum 18. Lebensjahre zu zahlen ist und daß bei einer großen Anzahl Kinder die auf das einzelne Kind entfallende Rente sich nicht vermindert, wie das in der Unfallversicherung der Fall ist. Ferner gibt es bei Zusammenreffen mehrerer Renten keine Aufrechnung, wenigstens keine, mit welcher die unteren Klassen zu rechnen haben.

Hoffentlich gelingt es, das Gesetz an den obengenannten und auch noch an anderen reformbedürftigen Stellen zu verbessern, damit die Opfer des Krieges diejenige Versorgung finden, auf welche sie moralisch Anspruch haben. Hoffentlich können wir auch zu einem Frieden, der uns keine an andere Länder zu zahlenden Kriegskosten auferlegt, damit auch die Zahlung der durch den Krieg verursachten und wahrscheinlich recht hohen Rentenlasten sichergestellt ist. Für ein durch hohe Kriegskostenlasten ausgeglichenes und verarmtes Land dürfte die Aufbringung der Rentenlasten so ganz leicht wohl nicht sein. Von einem siegreichen Deutschland aber muß erwartet werden, daß es seiner Pflicht den Opfern des Krieges gegenüber in vollstem Maße so nachkommt, daß alle Klagen verstummen.

ber Ausstellung verteilt wurde und die einzige bemerkenswerte Angaben über Geschichte und Umfang der Industrie künstlicher Blumen im Königreich Sachsen enthält. Verfasser der Schrift ist Professor Dr. A. Meische, Dresden.

Einleitend verweist der Verfasser darauf, daß die Industrie ihren Aufschwung der Dekoration von Paris im Jahre 1870/71 zu danken hat. Weil während dieser Zeit die Pariser künstlichen Blumen überall ausblühten, konnte die sächsische Industrie ihr Hauptgebiet ausdehnen. Es heißt dann weiter in dem Flugblatt:

„Wenn schon 1906 die Kunst der künstlichen Blumen nach den Vereinigten Staaten von Amerika allein aus dem Handelsstandesbezirk Dresden 2 666 000 Mk. betrug und wenn die Stadt Sebnitz, wo diese Industrie heute ihren Mittelpunkt hat, im Postverkehrsverzeichnis des Jahres 1906 unmittelbar hinter der Hofstadt folgt (1904 3 222 867 ausgegebene Postpakete, 1911 sogar 317 225 Pakete), so beweisen diese Zahlen eine ungeheure und vielfach auch ungelamte Entlohnung dieses Zweiges vaterländischer Arbeit. Das ist ja leider ein Hemmnis auf dem Wege zum vollen Erfolg — und gerade durch die hier von oben, weitblickenden Frauen angeregte und geförderte Ausstellung soll es beseitigt werden —, daß viele Kreise bei uns noch immer der Fremde bezichtigt, daß seiner Geschmeid und weiche Kunst nur in Paris doheim seien. Schon 1783 spottete eine Französin, Elisabeth Mouton, die als erste in Dresden künstliche Blumen fabrikmäßig herstellte, darüber, daß die von ihr mit deutschem Personal gefertigten Waren von den hiesigen Kaufleuten als Pariser Erzeugnisse angepriesen würden, weil so der Absatz eine wesentliche Steigerung erfuhr. Und noch bis in unsere Tage hinein hat sich die unglückselige Vorliebe namentlich unserer Frauen für Modeartikel fremder Herkunft erhalten. Gleichwohl betrug schon 1905 der Wert der aus Frankreich nach Deutschland eingeführten Kunstblumen nur etwa 66 000 Mark, während solche von Deutschland im selben Jahre für etwa 360 000 Mark nach Frankreich geliefert wurden.“

@@@ Aus der Industrie @@@

Kriegswünsche der Ziegeleierherren.

Am 11. März tagte in Berlin die diesjährige Hauptversammlung des „Märktischen Ziegeleibesitzerbundes“. Das Interesse der Versammlung konzentrierte sich hauptsächlich auf die „Lohn- und Arbeiterfrage“, worüber Ziegeleibesitzer Moogelin referierte. Seine Ausführungen gipfelten in dem Hinweis, daß zur diesjährigen Fortführung der Betriebe die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte mit Schwierigkeiten verknüpft sei. Die natürliche Folge sei eine Steigerung der Arbeitslöhne, der ein andauerndes Sinken der Ziegelpreise gegenüberstehe. Es sei deshalb die Frage zu erwägen, ob eine Beschäftigung von Kriegsgefangenen empfohlen werden könne. Diesbezügliche Anfragen bei den zuständigen Militärbehörden hätten die Möglichkeit einer solchen Beschäftigung ergeben. Es sei jedoch den Gefangenen der ortsübliche Tagelohn zu zahlen und außerdem auch die Verpflegung der Gefangenen sowie der sie überwachenden Militärpersonen zu übernehmen. Ferner müsse auch gepreßt werden, ob eine stärkere Heranziehung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, auch zu den ihnen verbotenen Arbeiten, zweckmäßig sei. Die Erlaubnis hierfür könne für jeden einzelnen Betrieb von den zuständigen Regierungspräsidenten erteilt werden.

In der Diskussion wurde betont, daß man die Höhe der Streichlöhne, die im Vorjahre pro Tausend 1,10 Mk. betragen, nicht generell festsetzen, sondern nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen bemessen solle, was denn auch beschlossen wurde.

Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen fand bei den Ziegeleibesitzern wegen der damit verbundenen Kosten nur geringen Anklang. Dagegen beschloß man, der Regierung eine Petition zu unterbreiten, in der sie ersucht wird, den Ziegeleibesitzern die internierten ausländischen Arbeiter zu überlassen, die schon früher in Ziegeleien oder ähnlichen Betrieben beschäftigt waren. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die russisch-polnischen Arbeiter, die zu Kriegsbeginn als Kriegsgefangene erklärt wurden.

In dieser Frage deckt sich unsere Ansicht so ziemlich mit der Äußerung des Ziegeleibesitzers Lewy, der die Petition für überflüssig hielt, weil eine Einschränkung der Ziegelproduktion notwendig sei, schon um den gegenwärtigen Schleuderpreisen ein Ende zu bereiten. Außerdem sei die Sicherheit der Volksernährung viel wichtiger als die Herstellung von Ziegeln, weshalb alle ausländischen Arbeiter der Landwirtschaft reserviert werden müßten.

Die Frage einer vermehrten Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter wurde den einzelnen Ziegeleibesitzern zur Bewürdigung überlassen. Würden die Behörden den Wünschen der Ziegeleibesitzer nachgeben, so bedeutet das die Beseitigung der 10stündigen Arbeitszeit und die Heranziehung der schwächsten Arbeitskräfte zu der selbst für Männer aufreißenden Arbeit. Dieses Beginnen muß auch in der Zeit des Burgfriedens starke Bedenken auslösen. Die Vernichtung unerschöpflicher Kräfte und Gut durch den gegenwärtigen Weltbrand darf nicht durch die egoistischen Triebe einzelner wirtschaftlicher Faktoren noch verschärft werden. Das Hinterrücken der zum Schutze der schwächeren Arbeitskräfte errichteten gesetzlichen Schranken wäre nur verständlich, wenn dadurch anderweitigen noch größeren Opfern vorgebeugt werden könnte. Das trifft aber hier keineswegs zu. Die unbeschränkte Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern bei der Ziegelerzeugung, die intensive Ausnutzung ihrer schwachen Kräfte wird von keinerlei Kostwendigkeit diktiert; sie liegt nur im Privatinteresse der Ziegeleibesitzer.

Nun klagten aber bisher die Ziegeleibesitzer fast allgemein über die großen Vorräte, über den geringen Absatz, über die niedrigen Preise und ebenso über die schlechten Geschäftsaussichten. Brauchen diese Klagen über Wahrheit, so kann eine Einschränkung der Ziegelproduktion nur zur Gesundung der Verhältnisse beitragen, noch der sich die Ziegeleibesitzer so sehr freuen. Die vorhandenen Arbeitskräfte dürften mithin vollständig genügen, um den erforderlichen Bedarf an Ziegeln zu ergänzen. Gleichzeitig wäre damit auch dem „andauernden Sinken der Ziegelpreise“ ein Ziel gesetzt.

Nach alledem erwäre sich das Verlangen der Ziegeleibesitzer, die Arbeiterbeschäftigung für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter weiter auszuweiten, als eine Vergeudung von Volksträften, gegen die wir Protest erheben. Wir protestieren dagegen, weil der gegenwärtige gewaltige Überfluß gebieterisch eine Schonung aller Volksträfte verlangt, auf denen die Sicherheit unserer Zukunft beruht. Mögen sich die maßgebenden Faktoren dieser Erkenntnis nicht verschließen und dem Verlangen der Ziegeleibesitzer ein energisches Nein entgegenstellen.

Die Industrie künstlicher Blumen in Sachsen.

Durch den Krieg hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Industrie künstlicher Blumen besonders stark gelitten. In der Zeit vor dem Krieg war der Absatz dieser Blumen sehr groß, so daß sie im Juli und August fast gar nicht mehr zu bekommen waren. Der Absatz, durch den Krieg bedingt, hat sich aber in den letzten Jahren wieder zu beleben, hat nur teilweise den vorerwähnten Erfolg gehabt. Um nun das Interesse für die Erzeugung der künstlichen Blumen zu beleben, fand am 1. bis 7. April in Dresden eine Ausstellung von künstlichen Blumen und Zierpflanzen statt. Neben dem Verkauf und der Erprobung dieser Zierpflanzen liegen auch noch die Mitteilungen vor. Jedoch ist uns eine kurze Flugblatt ausgegangen, die auf

Das müßte unserem Volke endlich bewußt werden, daß die Blume oder Krone, der Krone oder Strauch, mit denen es Menschen und festliche Stätten schmückt, meist in den Mauern unserer Hauptstädte Dresden, Leipzig und Berlin oder im schönen Meißner Frühlings erstanden sind. Man mag sie mit Stolz als heimisches Erzeugnis anerkennen und die vaterländische Pflicht. Auch in dieser Industrie bedroht der Weltkrieg jährliche Erzeugnisse auszuführen. Von ihr sind nicht allein mehr als 150 Firmen Dresdens, sondern vor allem die beiden Städte Sebnitz und Neustadt und mit ihnen ein beträchtlicher Teil der Umwohnerschaft ihrer wirtschaftlich abhängig. Das so reichend gelagerte, im schärfsten Ausmaßem begriffene Sebnitz (mit ungefähr 12 000 Einwohnern) beschäftigt im Orte und seiner weiteren Umgebung mehr als 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung von Kunstblumen und in den zahlreichen Nebenbetrieben (Wälder, Knopfen-, Staubfadenfabrik usw.), denen dadurch etwa 3 Millionen Mark jährlicher Verdienst zufließen. Seit dem Jahre 1854, in dem ein großer Brand das alte Weberstädtchen Sebnitz vernichtete, hat es sich allmählich zur richtigen Blumenstadt entwickelt. Fast Haus für Haus hört man hier das Klöpfen der Ausstrickhämmer auf die Blumenstiefel, mit denen aus Samt, Seide, Schweizer Leder und sonstigen Stoffen die Rohform der Blume ausgeformt wird, und aus vielen mächtigen Fabriksälen oder kleinen Arbeitsstuben — denn es gibt sehr viel Heimarbeit in diesen Industriezweigen — klingen förmliche und sehr regelmäßige Vollsieder der Mähdchen und Frauen, die dort mit dem Färben, Formen oder Verbinden der Bestandteile zur Blume oder dieser selbst zum Strauch, Kranz oder Girlande beschäftigt sind. Die Arbeit ist gut lohnend (? A. Red.), dabei nicht ungesund und meist sauber. Fabrikhölzer rauchen nur wenige. Aber die Blumenmachererei erfordert eine geschickte Hand und einen feinen Sinn. Darum moß herab unsere Industrie zu einem großen Teil auf der Mitarbeit der Frau und darum moß waren — gleich einer Barbara Uttmann — auch in Dresden und Sebnitz Frauen (hier eine Französin, dort eine halb jüdische Schauspielerin und eine Frau aus dem böhmischen Nachbarort Nixdorf) die ersten Lehrerinnen dieser Kunst. Gewiß interessiert es auch allgemein, zu erfahren, daß schon im 18. Jahrhundert vor allem die Damen des italienischen Adels sowie französische Hofdamen, in Deutschland aber keine geringere als Meister Goethes Eheleute, Christiane, geb. Baepius, zu Weimar die geschicktesten Blumenmacherinnen waren.

Im Jahre 1909 wurde in Sebnitz eine „Blumenfachschule Sebnitz-Neustadt“ eröffnet, die unter künstlerischer Leitung steht und über bewährte Lehrkräfte verfügt. Ihr Zweck ist jungen Mädchen auf das wärmste zu empfehlen. Die alljährlich stattfindenden Schülerarbeitsausstellungen zeigen eine höchst erhellende Weiterbildung des technischen Könnens und besonders der geschmacklichen Auszubildung. Allmählich wird von dort ein beachtenswerter Einfluß auf die gesamte Kunstblumenindustrie ausgehen.

Jetzt gilt es für diese aber vor allem: Durchhalten. Ihre Hauptabgabegebiete England und die Vereinigten Staaten sind ihr vorläufig ganz bzw. fast ganz verschlossen. Die Laust und Anpassungsfähigkeit unserer Fabrikanten hat es bisher gleichwohl vermocht, für die Tausende von Arbeitswilligen Lohn und Brot zu beschaffen. Aber unser heutiges Volk hat auch hier — nochmals sei es betont — eine vaterländische Pflicht zu erfüllen.“

Hinter dem Satz, daß die Arbeit in der Blumenindustrie auch „gut lohnend“ sei, haben wir ein Fragezeichen eingeschaltet. Diese Behauptung ist nämlich in der Form, in der sie aufgestellt wird, unrichtig. Gewiß gibt es auch in der Blumenindustrie einzelne Arbeiten, die annehmbar bezahlt werden, und einige Arbeiter oder Arbeiterinnen, die leidlich verdienen, aber es kann keine Rede davon sein, daß etwa die Heimarbeit in der Blumenindustrie durchweg gutlohnende Beschäftigung hätten. Vielmehr sind die Verdienste bei den weitaus meisten sehr bescheiden. Lediglich begnügen wir das Bestreben der Unternehmer, der durch den Krieg schwer bedrückten Industrie wieder hochzuhelfen; denn gerade den in der Blumenindustrie beschäftigten Heimarbeiterinnen fällt es sehr schwer, jetzt irgendeine andere halbwegs lohnende Beschäftigung zu finden.

Feldpostbriefe von Verbandskollegen.

An die Verwaltung unserer Zählstelle Hamburg war folgender Brief gerichtet:

Verie Kollegen!

Das kleine Faltchen mit Zigaretten, Streichhölzern, Baiseline und Zeitung habe ich gestern Abend mit großer Freude und Überraschung erhalten und sehr dankbar, daß Eure Gedanken auch bei den im Felde stehenden Kollegen sind. Ihr könnt sicher sein, daß unsre Gedanken auch stets bei Euch weilen, und denken, was haben unsre Zählstellen jetzt wohl für schwere Arbeit bei der jetzigen Zeit zu leisten. Aber glaubt sicher, auch für uns im Felde Stehende ist es kein leichtes Spiel bei diesen Strapazen. In Häuser kommen wir jetzt selten in Quartier, liegen sozusagen stets auf freiem Felde. Bei uns geht es nämlich so: Zwei Tage liegen wir im vordersten Schützengraben und vier Tage in Reserve hinterm ersten Schützengraben. Kann Euch auch die Mitteilung machen, daß unser Regiment seit dem 26. Oktober mit an diesem Kampfe in Westflandern beteiligt ist. Hier haben wir schon manches erleben müssen, woran man früher niemals gedacht hat. Man sollte es bald nicht für möglich halten, daß die Boller sich so gegenseitig zerstören könnten, und doch ist es der Fall. Nun will ich Euch nochmals eine Behauptung beibringen, woraus sie eigentlich besteht, wenn wir im vordersten Schützengraben liegen. So wir morgen wieder hinkommen, ist ein verbreiteter Schützengraben, so daß wir uns einen Unterschlupf gebaut haben, damit wir auch etwas Schutz gegen die feindliche Artillerie haben, denn die begrüßt uns jeden Nachmittag als Beperloft mit Granaten, und die Dingerchen mögen wir nicht gern, die sind etwas zu hart für unsere Köpfe; um die französischen Gewehrflieger können wir uns überhaupt nicht, da wir sie nicht sehen. Na, unsre Angela streifen ja auch nicht jedesmal. Wenn wir nun vier Tage in Reserve liegen, dann haben wir es ja etwas besser als im ersten Schützengraben, ich liege für gewöhnlich mit zwei andern Gewehrfliegern (einer vom Transport und einer vom Metallarbeiterverband) zusammen. Wir drei haben uns einen idealen Unterschlupf gebaut. (Das Loch ist 2 1/2 Meter lang und 2 Meter breit, 1 1/2 Meter tief, also wie die reinen Höhlenbewohner, oben überm Loch

Jahresbericht des Gaus 4 (Sitz Stettin).

In unserm Geschäftsbericht für das Jahr 1914 sagten wir am Schluß, daß wir, wenn jeder mit Fleiß und Ausdauer arbeiten würde, für das Jahr 1914 einen größeren Gewinn an Mitgliedern haben würden. Leider ist dies nicht eingetroffen. Der Grund hierfür lag zunächst darin, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1914 eine nicht besonders günstige Konjunktur bei uns herrschte. Als es endlich besser werden wollte, da zogen sich am politischen Horizont die Gewitterwolken zusammen, die sich dann plötzlich entluden und uns den blutigen Weltkrieg brachten. Durch den Krieg wurde nicht nur die Mitgliederzunahme verhindert; sondern das ganze Organisationsleben lag wie abgestorben da. Die Kriegsbegeisterung in den Massen setzte alles andre hintenan. In den ersten Tagen nach Kriegsausbruch wurde man so recht erinnert an die Worte, die Genosse Wobell zu dem Thema Massenstreik auf dem Mannheimer Parteitag über die Aufregung der Massen während eines Krieges sagte (Protokoll Seite 240).

Als die erste Unruhe überstanden und wieder Ruhe in die Reihen der zurückgebliebenen Verbandsmitglieder eingezogen war, da wurden auch die Verbandsarbeiten wieder aufgenommen. Läden in den Verwaltungen wurden wieder ausgefüllt, und hier und dort sprangen auch Frauen unserer Kollegen ein und verfasen die Verbandsgeschäfte mit. Meibings war auch jetzt von einer Mitgliederzunahme noch nicht zu reden; wir sind froh, daß wir unser Verbandsbüchlein flott erhalten konnten.

Die Zahl der Lohnbewegungen war aus den Gründen, die oben schon angeführt worden sind, im Jahre 1914 nur gering. Es wurden 21 Betriebsversammlungen abgehalten, die sich mit Lohnforderungen beschäftigten, gegen 113 im Jahre vorher. Vermittelt griff die Gauleitung 26 mal ein (im Jahre 1913 108 mal). Nachstehend einige nähere Angaben über die erzielten Erfolge:

Kolberg. Die Kollegen von den Firmen Buchwitz u. Wittig, Neumann, Rüttgerswerke und die Dachdeckerhilfsarbeiter erzielten Lohnaufbesserungen von 1,20 bis 3,60 Mk pro Mann und Woche. In einzelnen Betrieben, wurden Tarifverträge abgeschlossen.

Rößlin. Die Kollegen bei Schöner und auf den Ziegeleien erzielten Lohnaufbesserungen von 60 Pf, bis 1,50 Mk. pro Mann und Woche. Die Ziegeleibesitzer ließen es diesmal nicht zu einem Kampf kommen. Auch in den Orten Schlaue und Rügenwalde, die zu der Zählstelle Rößlin gehören, fanden Lohnbewegungen statt. In einer Schlawer Schneidemühle erreichten die Kollegen ohne Streik eine Lohnhöhung von 4 Pf. die Stunde und eine Arbeitszeiterklärung von 3 Stunden pro Woche und Mann. In Rügenwalde sollten in der Konfektfabrik von Schmidt das überaus niedrigen Löhne aufgehoben werden. Jedoch ehe noch die Arbeiter mit Forderungen kamen, wurden sie aufgefordert, aus dem Verbandsauszutreten oder die Arbeit aufzugeben. Letzteres taten denn auch sämtliche Arbeiter bis auf ein paar ganz alte Leute. Auf diese „Galsarrigkeit“ der Arbeiter antwortete Herr Schmidt damit, daß er die armen Unternehmern am Orte veranlasste, gleichfalls ihre Arbeiter auszusperrten, soweit sie nicht aus der Organisation austreten wollten. Weiter gelang es den Unternehmern, den Arbeitern ihr Versammlungsort abzutreiben. Der Kampf, der 13 Wochen dauerte, mußte abgebrochen werden, weil sich in den letzten Wochen aus den Reihen der Ausgesperrten Abtrünnige fanden. Jedoch ist es den Unternehmern nicht gelungen, die Organisation am Orte zu zertrümmern. In zwei Ziegeleien gelang es noch, geplante Akkordverschlechterungen abzuwehren. Diese Lohnbewegung wird für manchen Kollegen eine Lehre sein; aber auch für die Unternehmer von Rügenwalde, die ebenso zur Einsicht kommen werden, wie ihre Rößliner Kollegen zur Einsicht gekommen sind.

Parfchim. Die Kollegen von Ahrendt, Hoppe und zehn Kollegen von der Marmorstelefabrik erzielten eine Lohnaufbesserung von 1 Mk. pro Mann und Woche.

Warnemünde. Hier erzielten die Kollegen von den Rüttgerswerken einige Akkordaufbesserungen zu dem Tarifvertrag, der im Jahre 1913 mit dem Werke abgeschlossen wurde.

Rofod. Eine eingeleitete Bewegung auf der Kunststeinfabrik von Dr. Werber mußte aufgegeben werden, weil das Verhalten der Kollegen keine Gewähr für die gute Durchführung bot.

Stettin. Die Arbeiter der Schmittfabrik in Föbeduch erzielten eine Arbeitszeiterklärung von einer Viertelstunde pro Tag. Die Kollegen bei der Firma Mandt erzielten eine Lohnaufbesserung von 1,20 Mk. pro Mann und Woche.

Wolgast. In der hiesigen Sausenfabrik wurde eine Lohnhöhung von 1,50 Mk. pro Mann und Woche erzielt. Diese Lohnhöhung wurde beim Ausbruch des Krieges wieder abgezogen und soll nach dem Kriege wieder weitergezahlt werden. Ein schlechter Trost in dieser schweren Zeit!

Warin. Die Kollegen in einer Pantinenfabrik erreichten durch eine Bewegung, daß ihnen der Zuschuß angerechnet wird, und außerdem bekamen vier Kollegen eine Lohnhöhung von 2,20 Mk. pro Mann und Woche.

Die paar Lohnbewegungen also, die im Gau geführt wurden, sind, wenn man von Rügenwalde abliest, günstig für die Kollegen ausgefallen; vor allem, wenn wir bedenken, daß im zweiten Halbjahr keine Lohnbewegungen geführt werden konnten.

Am 1. März fand in Rostock eine Zahlstellenkonferenz für beide Mecklenburg und Vorpommern statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Fischzucht und in der Konfektindustrie und wie können wir unter diesen Leuten erfolgreich agitieren? Referent: Borger (Hamburg). 2. Die richtige Ausnutzung der Erwerbslosenunterstützung. Referent: Thiemig (Hannover). 3. Welche Pflichten haben die Revieren in den Zahlstellen? Referent: F. Fahntler (Stettin). 4. Berichtendes. Die Konferenz verlief fruchtbringend, und es wurde der Wunsch laut, alljährlich solche Konferenzen stattfinden zu lassen. Dieser Wunsch ist ja nun durch den Stuttgarter Verbandsratsbeschluss zum Beschuß erhoben worden.

brei sehr dicke Balken, über diesen 35-40 etwas dünnere Balken, dann ordentlich Stroh drauf, und auf dieses Stroh ist über 1 Meter dicke Erde geschaukelt. Innen in der Höhle haben wir uns erst einige Bretter gelegt und dann ordentlich Stroh hineingelegt, denn es ist auch hier ziemlich kalt, und wenn man es nicht nötig hat, so will man ja auch nicht gern frieren. Ihr müßt einmal alle herkommen und sehen, wie gemütlich wir es uns hier machen, ich glaube, Ihr würdet überhaupt nicht wieder forziehen. Na, bleibt aber lieber zu Hause, es ist besser, wenn Ihr nicht kommt, denn ich wäre auch am liebsten bei meiner Frau und meinem Kind geblieben. Aber unser Schmor vergeht trotzdem nicht. Wer ist denn eigentlich von unsrer Ortsverwaltung schon alle zum Kriege eingezogen? Bitte schreibt einmal wieder, wenn Ihr etwas Zeit habt. Was macht denn die Sektion der Fischindustrie? Gruß an Wilhelm Fingelberg.

Einen recht herzlichen kollegialen Gruß sendet Euch allen Euer Kollege M. P.

Opferwilligkeit.

Ein Kollege aus dem Plauenschen Grund schreibt an den Kollegen Daß:

Werter Kollege!

Erbeten Deine Zeitung erhalten, besten Dank dafür. Anbei lege 3 Mk. zur Unterstützung der Familien gesellener Kollegen bei. Viel Glück und Gesundheit wünschend, grüßt Dich und alle Kollegen herzlich. Euer Kollege D.S.

Anmerkung der Redaktion. Wir veröffentlichen diese Zeilen nicht in der Erwartung, daß dadurch unsere Kollegen, die im Felde stehen, zur Abführung weiterer Beiträge angeregt werden, sondern nur, um den dahem gebliebenen Mitgliedern zu zeigen, wie opferbereit unsre draußen kämpfenden Brüder sind. Das sollten sich insbesondere diejenigen merken, die sich jetzt weigern, einige Pfennige extra für den Verband zu opfern, oder die gar ihren Beitrag am liebsten „spaten“ möchten.

Der Gauverband entfaltete folgende Tätigkeit: Dessenartige Versammlungen 4, Mitgliederversammlungen 76, Betriebsversammlungen 18, Betriebsvereinsversammlungen, die sich mit Lohnbewegung usw. befassen, 21, Gauverbandssitzungen 11, Ortsvereinsversammlungen 21, Vertrauensmännerversammlungen 10, mit anderen Organisationen 2, Revisionen 69, Vermittlung bei Lohnbewegungen 26, Verschicktes 43, Hausagitation 47. Der diese Zahlen mit denen im Jahre 1915 vergleicht, wird sofort finden, daß im Kriegsjahr 1914 bedeutend weniger geleistet worden ist. Im zweiten Halbjahr konnte man aus den oben angeführten Gründen an Agitation nicht denken, sondern es galt, in Mitgliederversammlungen und durch persönliche Aussprache mit den Bevollmächtigten für die Aufrechterhaltung der Organisation zu wirken, was auch von Erfolg gekrönt war. Denn wären wir aus Furcht vor der langen und langweiligen Eisenbahnfahrt zu Hause geblieben, so wäre an manchem Ort die Organisation zertrümmert.

Die Zahlstellen wurden gegründet: Büttow, Leopoldshagen und Schwin. Die letztere Zahlstelle ging beim Ausbruch des Krieges wieder ein. Die Mitgliederzahl betrug 11 774 am Schluß des Jahres 1913 und 7804 am Schluß des Jahres 1914. Von den fehlenden 3870 sind fast 3000 zum Kriegsdienst eingezogen. Marken wurden im Jahre 1913 562 142 Stück gleich 47,87 pro Kopf, im Jahre 1914 479 161 Stück gleich 45,94 pro Kopf umgesetzt.

Von den Fahnenflüchtigen sind viele ausgewertet, weil ihnen die Aufhebung der Krankenunterstützung nicht paßte; andre wieder, weil sie glaubten, daß die Organisation während des Krieges keinen Zweck habe. Alle diese Fahnenflüchtigen werden, sobald der Friede wieder hergestellt ist, schon erfahren, daß sie dann erst recht die Organisation notwendig brauchen. Wer daran noch zweifelt, wird schon bald durch die nach unten gerichteten Besuche belehrt werden. Ein Blick in die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ und in die ihr verwandten Blätter genügt, um zu zeigen, wohin die Wege nach dem Kriege gehen.

An Unterstützungen wurde im verflochtenen Jahre von Verbänden außerordentlich viel geleistet. Trotzdem gibt es noch immer Unzufriedene, die aber meinen, es hätte noch mehr geleistet werden können. Alle Kolleginnen und Kollegen, die so reden, kennen die Stärke unserer Finanzen und unsere Aufgaben nicht. Es galt doch nicht bloß, während des Krieges, sondern über den Krieg hinaus die Organisation aufrechtzuerhalten. Kommen unsere Kollegen aus den Schützengräben zurück — und wir wollen hoffen, daß es möglichst viele sind — da wollen sie eine gerüstete Organisation vorfinden. Wir aber wollen und müssen alles tun, damit sie nicht enttäuscht werden. Moge der blutige Weltkrieg bald sein Ende erreicht haben, im Interesse der in den Schützengräben liegenden Soldaten wie im Interesse deren Familienangehörigen und im Interesse eines friedlichen Kulturfortschritts. Die Lehren aus diesem blutigen Kriege werden, so hoffen wir bestimmt, in den Kreisen der bisher unorganisierten Arbeiterschaft nicht spurlos vorübergehen. Viele werden zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die gewerkschaftliche Organisation im Interesse aller Arbeiterinnen und Arbeiter unbedingt nötig ist. Diese Erkenntnis wird uns nach dem Kriege das Schaffen an sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse erleichtern. R. Wiesenbütter.

Jahresbericht für den Gau 7 (Königreich Sachsen) vom Jahre 1914.

Seither konnten wir am Schluß eines Geschäftsjahres immer über eine Mitgliederzunahme berichten, doch diesmal müssen wir, so leid uns dies tut, bekennen, daß wir nicht imstande waren, allen Schwierigkeiten, die sich der Bewegung gegenüberstellten, Herr zu werden. Trotz der immer noch vorhandenen schlechten Geschäftslage aus dem Kriegsjahre 1913 hatten wir doch den festen Willen und die Hoffnung, unsere Mitgliederzahl bis zum Schluß des Jahres 1914 auf 35 000 zu bringen. Und wer wollte ernsthaft bestreiten, daß uns dies nicht gelungen wäre, wenn nicht der unglückselige Krieg dazwischen gefahren wäre!

Wir hatten am Schluß des Jahres 1913 30 777 Mitglieder, die Zahl steigerte sich bis Ende des ersten Quartals 1914 auf 32 083, darunter sich allerdings etwa 550 Mitglieder, des ehemaligen Blumenarbeiterverbandes befanden. Zum Schluß des zweiten Quartals zählten wir 32 361 Mitglieder, also hatten wir eine Zunahme von 1584 Mitgliedern im ersten Halbjahre. Und dies trotz der schlechten Beschäftigung vor allem in der Ziegeleiindustrie! Diese Erfolge im ersten Halbjahre berechneten zu den schönsten Hoffnungen, und wir gingen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln planmäßig mit der Agitation zu Werke.

Um die Agitation, vor allem in der Ziegeleiindustrie, zu fördern und zu beleben, fand am 12. April in Chemnitz eine Konferenz der in der Ziegeleiindustrie beschäftigten Vertrauensmänner statt. Die Referenten behandelten dort zunächst die wirtschaftliche Lage der Ziegeleiarbeiter, den Arbeiterstand in der Ziegeleiindustrie und zum Schluß die Agitation. Als Ergebnis der Konferenz wurde eine Resolution angenommen, die unter anderem die Forderungen nach besserem wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sittlichem Arbeiterstand und Amtshauptmannschaften im Königreich Sachsen zugehört. Bisher sind allerdings nur zwei Amtshauptmannschaften dem Verlangen der Arbeiter nachgekommen; die Amtshauptmannschaft Chemnitz erhielt eine Verordnung über „Unterbringung von Arbeitern in Ziegeleien“ am 31. Juli, und die Amtshauptmannschaft Dresden-L. folgte mit einer solchen am 1. Dezember 1914. Die Vorschriften der Dresdner Amtshauptmannschaft sollten schon am 1. August 1914 in Kraft treten, doch haben die Ziegeleibesitzer durch ihren Verband erfolgreich Einspruch erhoben gegen eine der hauptsächlichsten Bestimmungen der Verordnung. Die Ziegeleibesitzer haben nämlich erreicht, daß nur diejenigen Paragraphen zum Anschlag in Betriebe kommen, die sich mit den Verpflichtungen der Arbeiter beschäftigen, dagegen bleiben die Bestimmungen, welche die Arbeitgeber zu erfüllen haben, von der Anschlagspflicht befreit. Die Arbeiter sollen also nicht erfahren, welche Verpflichtungen die Ziegeleibesitzer den Arbeitern gegenüber zu erfüllen haben. Hier muß nun die Organisation das Notwendige besorgen. Immerhin können wir also sagen, daß im ersten Halbjahre ein wesentlicher Fortschritt in puncto Arbeiterunterstützung erzielt wurde.

Dagegen konnten bei den eingeleiteten Lohnbewegungen nicht immer die berechtigten Wünsche der Kollegen befriedigt werden. Zwar war es in vielen Fällen möglich, ohne große Opfer und ohne Lohnrückgaben die Lohnverhältnisse zu verbessern, jedoch waren wir in vielen anderen Fällen leider gezwungen, wegen der schlechten Beschäftigung die geplanten Lohnbewegungen nach eingehender Aussprache mit den Vertrauensmännern auf einen späteren Zeitpunkt zu versetzen.

Als eine Hauptaufgabe betrachteten wir es im Berichtsjahre, mit aller Kraft für die Gewinnung neuer Mitglieder zu sorgen und die Verwaltungsmittel in bezug auf die Geschäftsführung zu unterrichten. Ganz anders gestalteten sich die Dinge im zweiten Halbjahr nach Ausbruch des Krieges. Schon im Monat Juli mußte eine große Anzahl unserer Mitglieder aus den Ziegeleien abziehen, da sie überreichliche Staatsangehörige waren. Dadurch wurden zunächst fast alle Ziegeleien stillgelegt. Aber auch in allen anderen Industriezweigen, vor allem in der Papierindustrie, zeigten die Unternehmer, daß ihnen ebenso wie allen andern der Ausbruch des Krieges völlig überraschend kam. Die erste Frage bei den Unternehmern war zweifellos die: Was wird aus meinem Unternehmen, wie komme ich am besten über diese Schrecknisse hinweg. An die Arbeiterschaft hat man in diesem Augenblick nur an wenigen Stellen gedacht. Man spricht fast überall von Betriebsstilllegungen. Die besonnenen Unternehmer versuchen es zunächst mit einer wesentlichen Einschränkung und vermeiden die Entlassung der Arbeiterschaft. Kurz und nach letzter wieder eine bessere Besehung der Produktion ein. Einige Unternehmer hatten es sehr eilig mit der sofortigen Annahme des Kommisses. Unter anderem auch die Firma Meische u. Köster, Holzstoff- und Papierfabrik in Teufelstein bei Bernsdorf. Kurz vorher hatten wir in diesem Betriebe noch eine Betriebsversammlung, wo uns die Arbeiter erklärten, daß die Firma niemand in ihrem Betriebe lassen würde, der sich unserer Organisation anschließt. Man sah damals also noch auf recht hohen Pferde, und man: ja es ist Krieg.

Weiter meldete uns auch die Firma Karl Schreier, Pappfabrik in Plattendorf-Müdenau. Die Firma Robe u. Dietrich, Pappfabrik in Grünberg, mit etwa 30 Arbeitern, stellte ihren Betrieb vollständig ein. Der Hauptpapierfabrikbesitzer Büttow in Dörschena hatte die Löhne der Arbeiter sofort um 50 Prozent herab, worauf er großmütig erklärte, alles tun zu wollen, um die Familien der Eingezogenen zu unterstützen. Alle genannten Firmen sind Organisationsversuche, soweit die Organisationen der Arbeiter in Frage kommen. Am schmerzlichsten waren die Dinge in

benachteiligten Papierfabriken, wo sich die Arbeiterschaft des „sogenannten“ Bräutertums erfreute. Fast in allen größeren Fabriken wurden die Prämien mit Beginn der Mobilmachung aufgehoben. Dadurch entfielen den Arbeitern ganz enorme Verluste an ihrem Verdienst. Hiergegen etwas zu unternehmen, waren die Arbeiter vollständig machtlos. Und so mußte denn der sehr große Teil der sächsischen Papierarbeiter zum erstenmal praktisch erfahren, was es mit den Prämien auf sich hat. Öffentlich bestürmen sie sich nach dem Kriege darauf und ziehen die notwendige Lehre daraus. Heute kann man von der Papierindustrie sagen, daß sie sich zum Teil sehr gut erholt hat und, demnach, auch der Beschäftigungsgrad wieder ein besserer geworden ist. Anders sieht es dagegen in der Ziegeleiindustrie aus. Diese liegt jetzt vollständig daneben, und es sind nur vereinzelte Betriebe anzufinden, wo noch etwas gearbeitet wird. Auch die Ziegeleibesitzer versuchen, Lohnrückgabe zu machen. Nur wo die Arbeiter organisiert waren, konnten sie das abwehren. Einige Beispiele: Der Ziegeleibesitzer Mertig in Weisig hatte den Arbeitern 20 Prozent vom Lohne abgezogen, dagegen aber der Jugendgruppe des evangelischen Arbeitervereins 100 Mark gestiftet zur Unterbringung von Liebesgaben. Der Ziegeleibesitzer Hönke in Weisig erklärte seinen Arbeitern, sie dürften weiter arbeiten, wenn sie sich ein Drittel des bisherigen Lohnes abziehen lassen. Die Wollen waren damit einverstanden, nicht aber unsere Kollegen. Als der Gewerkschaftsleiter Hilpmann darauf beim Industrieführerverband anfragt, ob Hönke dort Mitglied sei, und dies bejaht wurde, ersuchte H. den Industrieführerverband, hier einzugreifen, um die Lohnrückgabe zu verhindern. Dies ist dann auch geschehen und unsere Mitglieder konnten darauf wieder zu dem alten Lohne weiter arbeiten. Die Firma „Sächsische Dinamo- u. Schmelzwerke“ in Bad Dörfelitz hätte ebenfalls ganz gewaltig. Bisher wurden für einen Ofen im Monat 66 Mark bezahlt, darauf 36 Mark. Erst nachdem die Arbeiter dagegen Front machten und in einer Versammlung hierzu Stellung nahmen, wurde die Sache besser. Man zahlte dann 41, und später 45 Mark für den Ofen. Weiter war es in diesen Betrieben infolge des schlechten Organisationsstandes nicht möglich, die um 6 bis 10 Pfennig herabgesetzten Stundenlöhne wieder zu erhöhen.

Einen Beweis für die zweifelhafte Wohlfahrtsrichtung der Betriebswohnungen brachte die Firma Neumanns Ziegeleiwerk in Plauen. Ein Ziegler dieser Firma mußte zum Militär. Die Miete war für das letzte Quartal bis Ende Juni bezahlt, aber trotzdem fandte man der Kriegerfrau folgendes Schreiben in die Wohnung:

Sie schulden uns ein Quartal Miete in Höhe von 87,50 Mk. Wir müssen uns an die Vertragsbestimmungen halten, und nach diesen ist Vorauszahlung vereinbart. Da wir nicht davon absehen können, so ersuchen wir, obigen Betrag bis spätestens 1. September zu begleichen.

Ein anderer Ziegeleibesitzer läßt zurzeit noch diejenigen der Leute arbeiten, die eine Wohnung von dem Besitzer innehaben, damit er ihnen am Monatschluß regelmäßig die Miete abziehen kann. So sehen die Vogtländer Ziegeleibesitzer aus! Die Hofburger Kaolin- und Tonwerke setzten den Stundenlohn um 5 Pf. herab; nach Verhandlungen wurde jedoch der alte Lohn wieder bezahlt. In der Dampfzuckerfabrik Dörfelersdorf bei Sebnitz wurden bei Kriegsausbruch die fremden Arbeiter entlassen und dafür hiesige eingestellt. Man zahlte aber gleich 5 Pf. weniger Lohn, als früher für dieselbe Arbeit an hiesige Arbeiter bezahlt wurde. Nach einer Verhandlung zwischen dem Direktor und dem Gewerkschaftsleiter wurde eine Zulage von 3 Pf. zugestanden. Dagegen mußten sich die Arbeiter in der chemischen Fabrik „Alpina“ in Mügeln bei Oschatz einen Stundenlohnabzug von 5 Pf. und die Arbeiterinnen einen solchen von 3 Pf. gefallen lassen, weil man es in diesem Betriebe immer verstanden hat, der Organisation aus dem Wege zu gehen. Diese Arbeiter sagten uns wiederholt, daß sie die Pfennige, welche sie für den Verband ausgeben sollten, lieber sparen wollten. Diese Sparantelie rächt sich nun bitter.

Am schlimmsten gestaltete sich wohl die Lage der Blumenindustrie, da diese in der Hauptsache auf den Export angewiesen ist. Hier wurde nicht nur eine große Anzahl Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen arbeitslos, sondern ein ebenso großer Teil Heimarbeiterrinnen. Da die letzteren auch noch in der übergroßen Mehrheit unorganisiert sind, trat hier das größte Elend ein, wogegen die Organisierten durch die Verbandsunterstützung vor dem Aller schlimmsten bewahrt wurden. Nunmehr kann konstatiert werden, daß sich auch die Blumenindustrie sehr gut erholt und die Arbeitslosigkeit nachgelassen hat. Am besten ist wohl die Seifenindustrie über die bis jetztigen Zeit hinweggekommen. Hier sind es nur die ganz kleinen Fabriken, die wegen Mangels an Rohstoffen, vor allen Dingen der notwendigen Teile, zur Stilllegung gezwungen wurden, während einzelne große Betriebe geradezu mit Aufträgen überhäuft sind. Ja, hier haben wir die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß mit Beginn des neuen Jahres in einigen großen Betrieben bereits Kriegszulagen gewährt wurden.

Da ein sehr großer Teil der sächsischen Industrie für den Export produziert, waren auch die Wirkungen des Krieges im Lande besonders stark, was in den Zahlen der Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. Schon bis zum 15. August steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen nach den Verhältnissen aus den Zahlstellen auf 5859. Am Schluß des dritten Quartals zählten wir bereits 7844 Arbeitslose. Diese Zahl bricht bis zum Schluß des vierten Quartals auf 6190 herab. Wenn auch in letzter Zeit eine wesentliche Abnahme der Arbeitslosenzahl zu verzeichnen ist, so erfährt man doch aus obigen Zahlen, wie furchtbar zunächst die Arbeiterschaft in Sachsen unter den Wirkungen des Krieges zu leiden hatte. Da ist denn auch nicht verwunderlich, wenn ganz enorme Summen für Unterstützungen ausgegeben werden mußten. Es sind bezahlt an Unter-

| | | | |
|----------------------|----------------|----------------------|----------------|
| im 1. Quartal 1914 | 116 003,68 Mk. | im 3. Quartal 1914 | 167 688,87 Mk. |
| „ 2. „ 1914 | 68 388,14 „ | „ 4. „ 1914 | 140 078,17 „ |
| Summa 184 391,14 Mk. | | Summa 307 767,94 Mk. | |

Im ganzen Jahre wurden also 492 158,86 Mk. allein für Unterstützungen ausgegeben, also fast eine halbe Million! Dazu kommen dann noch die Ausgaben der Volkasse, so daß also gegen 500 000 Mk. im Jahre an Unterstützungen gezahlt sind. Gewiß ein Beweis für die Festigkeit der Organisation!

Nachdem wir zunächst infolge der Arbeitslosigkeit die Ausgaben der Hauptkassen für Unterstützungen besprochen haben, wollen wir in nachstehenden Zahlen ein Bild von den Einnahmen geben.

| | Gesamteinnahme der Hauptkassen inkl. Zuschüsse Mk. | Davon | |
|------------------|--|---------------------------------------|---------------------------------------|
| | | an die Hauptkassen in bar gefandt Mk. | in den Zahlstellen zurückgehalten Mk. |
| 1. Quartal . . . | 170 194,86 | 20 578,24 | 750,66 |
| 2. Quartal . . . | 207 934,48 | 68 888,14 | 1 436,38 |
| 3. Quartal . . . | 224 208,60 | 10 804,-- | 17 056,36 |
| 4. Quartal . . . | 182 080,15 | 11 808,44 | 3 948,63 |
| Summa | 784 418,09 | 111 158,82 | 23 192,63 |

Zu den Unterstützungen im 2. Halbjahre zahlten einen Zuschuß: die Hauptkasse im 3. Quartal 64 465,-- Mk., im 4. Quartal 36 763,62 Mk. die Volkassen „ 3. „ 26 980,63 „ 4. „ 10 439,39 „ Summa 91 445,63 Mk. 47 203,01 Mk.

Demnach mußte also, um die Anforderungen des Krieges zu erfüllen, die Hauptkasse mit einem Zufluß von 101 228,62 Mk. eingreifen, während die Zahlstellen nur einen solchen von 37 420,02 Mk. leisteten. Dabei muß noch besonders hervorgehoben werden, daß es nicht gerade die großen und reichen Zahlstellen waren, die in diesem Falle Hervorragendes geleistet haben.

Alles in allem genommen, muß bei der Betrachtung über die Ausgaben und Einnahmen gesagt werden, daß die Organisation ihren Mitgliedern gegenüber die Treue gewahrt und alles getan hat, um die größte Not während der Kriegszeit von den Mitgliedern fernzuhalten. Was nun aber auch die Mitglieder allerorten daraus die Lehre ziehen, daß es eine große und starke Organisation imstande ist, all das zu erfüllen, was zu den Ausgaben des Verbandes gehört. Es muß daher die Parole für die Mitglieder lauten, immer und bei jeder passenden Gelegenheit neue Mitglieder für uns zu gewinnen. Wenn so gearbeitet wird, kann werden wir nicht allein den Rückgang ertragen, den uns der Krieg gebracht hat, sondern wir werden nach dem Kriege mit noch viel größerem Eifer an dem Ausbau und der ganzen Stärkung unseres Verbandes arbeiten. Entscheidend ist noch, daß es uns gelungen ist, den starken Wechsel innerhalb der Zahlstellenleitungen schnell wieder auszugleichen zu können.

Wohl entstanden hier und da Verzögerungen in der Verwaltungsarbeit, aber der Mehrzahl der Bevollmächtigten muß doch volles Lob für ihr tatkräftiges Eintreten im Interesse der Organisation auch an dieser Stelle ausgesprochen werden. Die Zahl der wirklich fahnenflüchtigen Mitglieder ist denn auch gar nicht so groß, wie einige Schwarzseher zu Anfang glauben druehmen zu müssen. In Anbetracht der ganzen Verhältnisse kann sowohl die Mitgliederbewegung wie auch die Beitragsleistung eine befriedigende genannt werden. Einige Zahlen mögen dies näher veranschaulichen. Es betrug

| die Zahl der Mitglieder am Schluß des | Durchschnitt der Mitgliederzahl | die Zahl der geleisteten Beiträge | |
|---------------------------------------|---------------------------------|-----------------------------------|--------------------------|
| | | absolut | pro Mitglied und Quartal |
| 1. Quartals . . . 32 083 | 31 480 | 382 142 | 12,16 |
| 2. Quartals . . . 32 361 | 32 222 | 384 915 | 11,95 |
| 3. Quartals . . . 24 370 | 23 565 | 317 811 | 11,20 |
| 4. Quartals . . . 21 775 | 23 072 | 265 978 | 11,09 |

Wenn, wie aus obigen Zahlen ersichtlich, die durchschnittliche Beitragsleistung im vierten Quartal bis auf 11,09 pro Kopf gesunken ist, so dürfen wir die Tatsache nicht außer acht lassen, daß viele ausgesteuerte Mitglieder nur alle 14 Tage einen vollen Beitrag gezahlt haben. Es kann also auch für das vierte Quartal die Beitragsleistung noch als gut bezeichnet werden, wenn wir auch nicht verkennen, daß es noch besser hätte sein können in Anbetracht der sehr hohen Ausgaben für Unterstützungen.

Das Jahresergebnis der Mitgliederbewegung und der Beitragsleistung im Gau sieht so aus: Aufgenommen 5572, ausgeschieden 4775, zugewandert 1913, abgereist 4010, zum Militär 7729, vom Militär 27, Abnahme 1300, dazu zum Militär 7702 = Gesamtzunahme 9002 Mitglieder. Die Zahl der verlaufenen Marken betrug insgesamt 1 840 846 Stück, oder pro Mitglied und Quartal 47,43 Beiträge. In einigen Zahlstellen läßt allerdings die Beitragsleistung noch zu wünschen übrig, was seinen Grund darin hat, daß es nicht immer möglich ist, geeignete Hilfskräfte zu finden. Doch wird es uns auch in Zukunft gelingen, für die Zukunft Verbesserung zu schaffen; es wird vor allen Dingen jetzt mehr darauf gesehen werden, die Verwaltungsarbeiten in den Zahlstellen eingehender zu besprechen.

Noch einige Worte zu den Verwaltungsarbeiten der Gauleiter. An Postfächer waren zu erledigen: 1679 Eingänge und 3047 Ausgänge. Die Zahl der gedruckten und verteilten Flugblätter zur Belebung der Agitation betrug 37 000 Stück. Daneben wurden noch auf dem Rotarj 7000 Drucksachen hergestellt und verbreitet. Ueber alles andre wird an anderer Stelle im Jahrbuch berichtet, worauf wir die Bevollmächtigten jetzt schon hinweisen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß wir auch in der Zeit des Krieges über ein erfreuliches Ereignis berichten können. Dies betrifft die Errichtung der Leinwandfabrik der Großfirma Kaufmann & Co. in Großa. Hierdurch wurde es möglich, durch unsere Arbeitsnachweise bis jetzt über hundert Arbeiter und Arbeiterinnen für diesen Betrieb zu vermitteln und unterzubringen. Der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist also ein neuer Kämpfer entstanden, ein neuer Beweis dafür, daß die Genossenschaftsbewegung ständig an Ausdehnung zunimmt. Wegen des Krieges wurde zunächst davon Abstand genommen, für die Arbeiter des obigen Betriebes einen Tarifvertrag abzuschließen. Es wurde vielmehr ein Provisorium geschaffen, das zunächst für ein Jahr Gültigkeit hat und worin die während dieser Zeit zu zahlenden Löhne festgesetzt sind. Nach Ablauf des Krieges wird auch hier ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Möge nunmehr der Krieg recht bald aufhören, damit es uns möglich wird, all das nachzuholen, was wir leider während des Krieges unterlassen mußten. Schreiben dann unsere Kollegen vom Schlachtfeld heim, dann wird neues Leben in die ganze Arbeiterbewegung kommen und es uns gelingen, unsere Organisation bald auf ihre frühere Höhe zu bringen, zum Nutzen der Mitglieder. D. Hilpmann.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bernburg. Das Jahr 1914 brachte für unsere Zahlstelle einen bedeutenden Rückschlag. Zu Beginn des Jahres wurden zwei Zementfabriken (Hienburg a. S. und Bernburg) stillgelegt, und circa 300 Arbeiter mußten sich andre Beschäftigung suchen. Die in unserem Kreise sehr aufblühende Kali-Industrie hatte größeren Bedarf an Arbeitskräften, daher konnten diese Arbeiter wieder dort in Arbeit treten, so daß die Arbeitslosigkeit nur eine verhältnismäßig geringe war. In einer Anzahl Betriebe wurde der Versuch gemacht, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Bei der Firma Brüning u. Co., Zementfabrik in Hienburg a. S., reichten wir Anfang März Forderungen ein. Die Firma antwortete nicht. Wir gingen dann einen Schritt weiter und reichten auch für die Arbeiter des zu dieser Firma gehörigen Kalkbrennwerkes Forderungen ein. Auch jetzt verweigerte sich die Firma paßiv.

Einer Abordnung der Arbeiter wurde erklärt, daß die Firma bei der gegebenen Geschäftslage nicht in der Lage sei, auf die gestellten Forderungen einzugehen. Die Kollegen der beiden Betriebe sind bis auf den letzten Mann organisiert und glauben mit Hilfe des Streiks etwas erreichen zu können. Da aber die Firma mit noch zwei größeren Betrieben (in Schönebeck und Gochsweitz) besteht, wo die Arbeiter nur zum Teil organisiert sind, und die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch schlechter als hier sind, da ferner auch die allgemeine Lage auf dem Zementmarkt sehr ungünstig war, mußten den Kollegen von einem Streik abgeraten werden. Die Kollegen beschloßen denn auch, eine günstigere Zeit abzuwarten. Durch den Ausbruch des Krieges war in diesem Jahre die Wiederaufnahme der Forderungen ausgeschlossen.

Infolge des Krieges und aus Mangel an geeigneten Arbeitskräften wurde auf den deutschen Solvay-Werken die frühere Achtstundenschicht aufgehoben und das Zweischicht-System wieder eingeführt. Durch mehrmalige Unterhandlungen zwischen der Betriebsleitung und unserm Geschäftsführer kam eine Vereinbarung inneweit zu stande, daß den Arbeitern ein allerdings nur minimaler Lohnaufschlag in Höhe von 15 Pf. pro Schicht gewährt wurde. Wenn der Krieg zu Ende ist und die Kollegen wieder aus dem Felde zurückkehren, dann soll die alte Arbeitszeit von 8 Stunden wieder eingeführt werden. Eine Eingabe wegen vorhandener Mißstände in der Abteilung der deutschen Solvay-Werke hatte den Erfolg, daß die Mißstände beseitigt wurden.

In der Malzfabrik (Schloßmalzerei) Hienburg a. S., mit der wir in einem Tarifverhältnis stehen, wurde wegen angebener Lohnrückgabe gleich nach Kriegsausbruch verhandelt. Um das angebene Stilllegen des Betriebes zu verhindern, wurde im Einverständnis mit den Arbeitern vereinbart, daß der Stundenlohn (bisher 37 Pf.) bis zum Beginn der Kampagne 32 Pf. betragen solle. Bei Beginn derselben wurde der alte Lohn wieder gezahlt. Im übrigen sind Verschlechterungen infolge des Krieges nicht vorgenommen worden.

Die Mitgliederzahl der Zahlstelle wurde durch den Krieg wesentlich beeinflusst. Bis zum Jahreschluß waren rund 600 Mitglieder unter die Fahnen gerufen, und immer weitere Einziehungen erfolgten täglich. Am 1. Januar waren rund 38 Prozent unserer Zahlstellenmitglieder eingezogen. Als im Kriege gefallen waren bis Januar 14 Kollegen gemeldet. Eine größere Anzahl wird vermisst. Die Höchstzahl der arbeitslosen Kollegen wurde in der dritten Mobilmachungswelle erreicht und betrug achtzig. Sie ging dann rapid zurück, und Ende September hatten wir keine Arbeitslosen mehr. Im ganzen vierten Quartal sind im ganzen nur 252,95 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen notwendig gewesen. — An Kriegsunterstützung wurden 2292,50 Mk. aus der Hauptkasse aufgewendet. Trotz dieser außerordentlichen Ausgaben war die Zahlstelle in der Lage, im dritten und vierten Quartal zusammen 5381,90 Mk. an die Hauptkasse einzufahren. Es dürfte nur ganz wenig Zahlstellen geben, die in diesen beiden Kriegskwartalen finanziell ebenso günstig abgeschlossen haben. Wesentlich schlechter hat unsere Volkasse abgekommen. Durch die Gewährung einer Beihilfsunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer sowie für die Kranken und Arbeitslosen in Höhe von 3 bis 6 Mk. war die Summe von 2426,50 Mk. nötig. Diese Unterstützung wurde an 485 Familien ausbezahlt. Der Kasseneinstand, der zu Beginn des Berichtsjahres 5008,77 Mk. betrug, verminderte sich um 552,91 Mk. und betrug am Jahreschluß nur noch 4455,86 Mk. Der Jahresabschluss unserer Zahlstelle ist, gemessen an den Verhältnissen, befriedigend. Hoffen wir, daß das laufende Jahr uns den Frieden und dem Verbände den notwendigen Fortschritt wiederbringt. R. Se.

